

Antrag: C-13
Antragsteller: Ortsverein Bornheim
Betreff: 10 Punkte Wohnungsbauprogramm – Änderung des
Regierungsprogramms „Hessen von morgen“
Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag Hessen

1 Der Parteitag der SPD Frankfurt möge beschließen:

2 Das Kapitel des Regierungsprogramms „...mit bezahlbaren Mieten und einem guten Leben im
3 Ballungsraum“ wird um die folgenden konkreten Punkte ergänzt:

- 4 1. Wir setzen uns bei den Landesgesellschaften NH und GWH für einen Mietenstopp ein. Die
5 Mieten werden zunächst für die Dauer von fünf Jahren pro Jahr um maximal 1 Prozent erhöht.
- 6 2. Die Landesgesellschaften NH und GWH werden verstärkt neue Wohnungen errichten NH und
7 GWH, davon 50 Prozent mit Unterstützung des ersten und zweiten Förderwegs.
- 8 3. Das Land Hessen wird eigen Grundstücke nicht veräußern, sondern den Landesgesellschaften
9 NH und GWH zum Bau von Wohnungen zur Verfügung stellen.
- 10 4. Der Schutz von Mieterinnen und Mietern wird bei einer Umwandlung von Miet- in
11 Eigentumswohnungen von fünf auf zehn Jahre erhöht.
- 12 5. Wir werden die Rückwirkungsfrist vorzeitig zurückgezahlter Förderdarlehen des sozialen
13 Wohnungsbaus wieder auf 10 Jahre verlängern.
- 14 6. Um den Preisdruck auf dem Wohnungsmarkt im Ballungsraum zu verringern werden öffentliche
15 Flächen zukünftig nur nach Konzept vergeben. Der zu erzielende Preis tritt damit gegenüber
16 qualitativen Zielen in den Hintergrund.
- 17 7. Neben genossenschaftlich organisierten Wohnformen werden wir auch gemeinschaftliches
18 Wohnen unterstützen.
- 19 8. Wir setzen uns bei der Bundesregierung für die Besteuerung von Bodenwertsteigerungen ein,
20 die durch Planungsrecht entstehen. Diese Bodenwertsteigerungen sind Resultat des Ausbaus
21 öffentlicher Infrastruktur und der Vergabe von Baurechten, ohne dass Eigentümer etwas dafür
22 getan haben. Die Reform der Bodenbesteuerung soll als Abschöpfung zum Zweck der
23 kommunalen Daseinsvorsorge dienen.
- 24 9. Mit einem Unterstützungsfonds werden wir Kommunen zum Bauen motivieren. Die
25 Infrastrukturkosten des Bauens, die sich im Bau von Kindertagesstätten, Straßen und vielem

26 mehr niederschlagen, sollen durch Unterstützung des Landes reduziert werden. Es kann nicht
27 sein, dass in Wohnungsbau investierende Kommunen bestraft werden.
28 10. Wir werden Digitalisierung kommunal denken. Beim Bau neuer Wohngebiete treten wir dafür
29 ein auch digitale Strukturen mitzubauen. Dies gilt auch für den Bau öffentlicher Strukturen.
30 Neubaugebiete werden in ihrer Infrastruktursteuerung Smart City-Konzepte anwenden.

31 Begründung:

32 Die SPD Hessen setzt mit Bildung/ Betreuung, Mobilität und Wohnen genau die richtigen Themen.
33 Bezahlbares Wohnen ist in den Städten die zentrale soziale Frage des 21. Jahrhunderts und muss deshalb
34 in Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet ganz weit oben auf der Agenda der Sozialdemokratie stehen.
35 Wir müssen handeln, damit sich nicht nur noch Reiche ein Leben in der Stadt leisten können. Das ist
36 Kernaufgabe der SPD. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass Wahlprogramm zu konkretisieren.

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Annahme